



Presseschau vom 26.09.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Brett Sinclair: Sieben Anzeichen dafür, dass jemand aus Ihrem Umfeld dem woken Gedankenvirus zum Opfer gefallen ist

SARS-CoV-2 ist nicht das einzige Virus, das durch den Westen feigt. Eine obsessive Politik des "erwachten Bewusstseins" (engl. "wokeness" oder "woke") grassiert ungezügelt. Und deren virulenteste Varianten sind in Nachrichtenredaktionen und Hochschulen zu finden. Als eine Bekannte von mir diesem Virus zunehmend erlag, habe ich Folgendes beobachtet. ... <https://kurz.rt.com/2nsj>

Dagmar Henn: Querdenker als Terroristen? Erinnerungen an den Deutschen Herbst

Wenn jetzt die Rede davon ist, Querdenker seien Terroristen, dann ist das wie eine Wiederholung des "Deutschen Herbstes" im Jahr 1977. Damals waren auch alle, die sich gegen die neuen Anti-Terror-Gesetze stellten, Terroristen – oder zumindest deren Freunde. ... <https://kurz.rt.com/2o49>

Wladislaw Sankin: "Klare Kante gegen Putin" als deutsche Erfüllung? Merkels langer Weg zur permanenten Russland-Krise

War die Russland-Politik der scheidenden Bundeskanzlerin Erfolg oder Desaster? Eines ist klar: Eine Politik im Schröder-Stil ist in der heutigen EU seit Langem undenkbar. Denn aus Sicht der transatlantischen Presse war auch Merkel gegenüber Russlands Präsidenten

Wladimir Putin nicht hart genug. ...

<https://kurz.rt.com/2o5q>

abends/nachts:

sputnik.by: **Russisches Außenministerium: Zu den Taliban, dem Atomabkommen mit dem Iran und den Kontakten mit den USA**

Der Abzug der amerikanischen Truppen aus Afghanistan hatte Auswirkungen auf die Lage in der gesamten Region, und ein Wechsel in der Verwaltung des Weißen Hauses belebte die Verhandlungen mit Teheran wieder.

Die in Afghanistan verbliebenen Waffen der US-Armee sollten nicht für destruktive Zwecke eingesetzt werden, sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow auf einer Pressekonferenz.

„Leider wurde der überstürzte Abzug, nennen wir es so, der Truppen der Vereinigten Staaten und anderer NATO-Staaten ohne Verständnis der Konsequenzen durchgeführt, und die Folgen sind, wie Sie wissen, dass es noch viele Waffen in Afghanistan gibt“, sagte er.

Ihm zufolge sei es jetzt wichtig, dass die Taliban, die in Afghanistan an die Macht gekommen sind, ihre Verpflichtungen auch in der Frage der Bildung einer inklusiven Regierung erfüllen.

„Der erste Schritt, der mit der Bildung einer Übergangsregierung gemacht wurde, spiegelt natürlich nicht die gesamte Palette der afghanischen Gesellschaft in ethno-konfessioneller und politischer Hinsicht wider“, sagte Sergej Lawrow.

Gleichzeitig versicherte er, „die von ihnen erklärte Entschlossenheit der Taliban, den IS und andere Terrorgruppen zu bekämpfen, werden wir auf jede erdenkliche Weise unterstützen.“

Der russische Außenminister sagte, der UN-Sicherheitsrat habe die Aufhebung der internationalen Sanktionen gegen die Taliban nicht angesprochen.

„Der aktuelle Stand der Dinge schränkt oder behindert unsere Kontakte zu den Taliban nicht. Auch die Sanktionen des UN-Sicherheitsrats, wie sie in den entsprechenden Resolutionen formuliert sind, verbieten solche Kontakte nicht“, erklärte er.

Derzeit arbeitet in der russischen Hauptstadt ein Botschafter, der die Interessen Afghanistans vertritt, er wurde von der vorherigen Regierung des Landes ernannt. Die Taliban-Bewegung habe sich noch nicht an Russland gewandt, um eine Vereinbarung für ihren Vertreter zu treffen.

Außerdem machte der Chef des russischen Außenministeriums darauf aufmerksam, dass "die Frage der internationalen Anerkennung der Taliban derzeit von niemandem zur Sprache gebracht wird".

Richtungen der Kontakte zu den USA

„Wir bereiten eine Reihe von Kontakten zwischen dem Außenministerium und dem US-Außenministerium vor. Dies ist nicht der einzige Bereich, in dem Gespräche geführt werden“, sagte Sergej Lawrow.

Wenn Russland und die Vereinigten Staaten sich darauf einigen, welche Kontakte an welchem Tag und zu welchem konkreten Thema stattfinden sollen, werde laut ihm eine besondere Erklärung abgegeben.

„Jetzt, da Verhandlungen über die Wiederherstellung des JCPOA laufen, um die Situation rund um das Atomprogramm zu lösen, fragen unter anderem die Iraner die Amerikaner: Können Sie garantieren, dass die nächsten Regierungen das respektieren, worüber wir uns jetzt einigen?“ - hob der russische Minister hervor.

Dann fügte er hinzu: „Die Amerikaner sagen: Nein, das können wir nicht.“

Atomabkommen mit dem Iran

Sergej Lawrow machte besonders darauf aufmerksam, dass die Internationale Atomenergiebehörde in ständigem Kontakt mit der iranischen Seite stehe. Die IAEA hat ein vollständiges Verständnis des Bildes, denn Teheran hindert sie nicht daran, in Nuklearanlagen

zu arbeiten.

„Die IAEA hat keinen Grund zu der Annahme, dass die Schlussfolgerung aus dem Jahr 2015 lautete, dass es keine Anzeichen für eine Neuausrichtung des Nuklearprogramms für militärische Zwecke gebe, dass diese Schlussfolgerung nicht mehr gültig sei.

Dem fügte er hinzu, dass „der Iran nichts unternimmt, was ihm verboten wäre. Er entspricht dem Nichtverbreitungsvertrag und dem Zusatzprotokoll zum Schutzabkommen.“

USA und AUKUS

Sergej Lawrow betonte, die russische Diplomatie gehe davon aus, dass die Beziehungen zwischen den Großmächten auf gegenseitigem Respekt basieren sollten, damit sie nicht zu einem Krieg eskalieren.

„Es ist gut, dass die Präsidenten Putin und Biden die prinzipielle Unzulässigkeit eines Atomkriegs bestätigt haben, aber ich denke, dass jeder Krieg zwischen den Großmächten, zwischen Atommächten inakzeptabel ist, weil die Risiken seiner Eskalation zu einem Atomkonflikt enorm sind“, erklärte er.

Der russische Minister sagte, dass Konfrontationspläne den Menschen nicht helfen könnten, auf der Erde zu leben. Gleichzeitig erinnerte er an die kürzlich angekündigte Indopazifik-Strategie.

„Was direkt eine der Hauptaufgaben proklamierte - die Entwicklung Chinas einzudämmen, China im Südchinesischen Meer einzudämmen. Oder das ebenfalls ausgerufene Dreierbündnis - Australien, die USA, Großbritannien“, sagte der Minister.

„Das Ziel (AUKUS - Sputnik) ist es auch, Australien zu helfen, die ‚chinesische Bedrohung‘ einzudämmen“, sagte Sergej Lawrow.



https://cdn11.img.sputnik.by/img/104151/95/1041519556_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_aff89495cdf88dae769a31975bc3a6.jpg

snanews.de: Russische Militärakteure in Mali: Lawrow reagiert auf Vorwürfe

Die Behörden im westafrikanischen Mali haben sich laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow zur Bekämpfung des Terrorismus an ein privates russisches Unternehmen gewandt. Ihm zufolge wird diese Tätigkeit auf legaler Grundlage durchgeführt.

„Sie betonen deutlich, ich meine die Übergangsbehörden von Mali, ihre Einhaltung internationaler Verpflichtungen, sie führen einen Kampf gegen den Terrorismus“, sagte Lawrow in einem UN-Briefing.

Die malischen Behörden hätten Kontakt zu einem privaten russischen Militärunternehmen aufgenommen, da Frankreich sein Militärkontingent, das sich dort aufhielt und Terroristen bekämpfen sollte, deutlich reduzieren wolle.

Lawrow betonte, dass die russischen Behörden „damit nichts zu tun haben“. Den zuvor aufgetauchten Firmennamen „Wagner“ erwähnte Lawrow nicht.

„Diese Aktivität wird auf gesetzlicher Grundlage durchgeführt und betrifft die Beziehung zwischen der Gastgeberseite – dies ist eine legitime Regierung, die von allen als legitime

Übergangsstruktur anerkannt wird – und denjenigen, die Dienstleistungen durch ausländische Experten anbieten“, sagte Lawrow.

In Frankreich und anderen westlichen Ländern hatten zuletzt Berichte über einen möglichen Einsatz von Truppen der privaten russischen Söldnerfirma Wagner in Mali große Besorgnis ausgelöst. In Deutschland mehrten sich die Stimmen, in einem solchen Fall den Bundeswehreinsatz in dem afrikanischen Krisenstaat zu überprüfen.

Malis Regierung hatte vor rund einer Woche erklärt, dass es sich bei den angeblichen Plänen, die russische Söldnerfirma Wagner anzuheuern, lediglich um Gerüchte handele. Nach Informationen aus der Hauptstadt Bamako soll es der durch einen Putsch an die Macht gekommenen Führung vor allem um den eigenen Personenschutz gehen.

An der UN-Mission Minusma zur Stabilisierung Malis sind etwa 900 Männer und Frauen aus Deutschland beteiligt. Rund 300 deutsche Soldaten sind zudem für die seit 2013 laufende EU-Ausbildungsmission EUTM im Land, die bislang nach eigenen Angaben 15.000 malische Soldaten geschult hat. Der Erfolg gilt als mäßig, teils fehlt es in Mali schon an der Buchführung, wo Soldaten, Sold und Waffen abgeblieben sind.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/04/1a/1866391_0:41:3069:1767_1920x0_80_0_0_cf99e5032e516808fa619daa44b5b80f.jpg

de.rt.com: **UN-Sicherheitsrat und G20-Sondergipfel zu Afghanistan**

Die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats haben sich auf eine gemeinsame Linie gegenüber der Taliban-Regierung Afghanistans geeinigt. Am Rande der UN-Vollversammlung fand auch ein G20-Treffen der Außenminister dazu statt. China plädierte für ein Ende der Sanktionen, der Westen stellte Forderungen.

Die fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats – Russland, Frankreich, USA, China und Großbritannien – riefen die Taliban in Afghanistan zur Bildung einer Regierung auf, die "alle Teile der Bevölkerung repräsentiert". Demnach wollen laut AFP alle fünf Vetomächte "ein friedliches und stabiles Afghanistan, in dem humanitäre Hilfe ohne Probleme und ohne Diskriminierung verteilt werden kann". Sie streben "ein Afghanistan an, in dem die Rechte von Frauen und Mädchen respektiert werden, ein Afghanistan, das kein Zufluchtsort für den Terrorismus ist", so UN-Generalsekretär António Guterres nach einem Gespräch der Außenminister der fünf Länder in New York.

Die Einigung der fünf Länder ist bedeutsam, da Russland und China sich Ende August enthalten hatten, als der Sicherheitsrat eine Resolution über die Erwartungen der internationalen Gemeinschaft an die neue Regierung in Kabul verabschiedet hatte. Bedeutsam ist sicherlich auch, dass Nachbarländer Afghanistans wie China und Russland nach wie vor Botschaften in Kabul unterhalten und nicht auf Konfrontation aus sind. Keines der beiden Länder ist an einem instabilen Afghanistan mit steigenden Flüchtlingszahlen und Islamisten interessiert.

Der russische Präsident Putin machte schon im August vor Delegierten der Regierungspartei "Einiges Russland" klar, dass sich Russland weder in die inneren Angelegenheiten

Afghanistans einmischen, noch seine Streitkräfte in einen Konflikt schicken würde, bei dem "alle gegen alle" seien. Auch wunderte er sich, warum westliche Länder die Frage aufbrachten, Flüchtlinge in zentralasiatischen Ländern unterzubringen, bevor sie Visa für die USA oder andere Länder erhielten. "Flüchtlinge sollten ohne Visum in diese Länder geschickt werden, zu Russlands Nachbarn. Aber die westlichen Länder wollen sie nicht ohne Visum aufnehmen?", fragte Putin.

Hatten sich Russland und China im Vorfeld noch enthalten, wollten sie ggf. erst einmal im Hintergrund beobachten, wie der Westen strategisch vorgehen wird. China hat zudem in den letzten Wochen diplomatische Einladungen der Übergangsregierung angenommen, um über Wirtschaftsbeziehungen und Menschenrechte zu sprechen.

Am Rande der UN-Vollversammlung fand auch ein G20-Treffen der Außenminister dazu statt. Während etwa Bundesaußenminister Heiko Maas hauptsächlich Bedingungen stellte, erklärte Chinas Außenministerium bei dem virtuellen Treffen, dass die "verschiedenen einseitigen Sanktionen oder Beschränkungen gegen Afghanistan" so schnell wie möglich aufgehoben werden sollten. Afghanistans Devisenreserven seien nationale Vermögenswerte, die dem Volk des Landes gehörten, und nicht als Verhandlungsmasse verwendet werden sollten, um politischen Druck auf Afghanistan auszuüben.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/614f6fa748fbef78aa34e5ab.jpg>

snews.de: **Nach Ablauf von New-Start-Vertrag: UN hofft auf neues Abkommen zwischen Russland und USA**

Die stellvertretende UN-Generalsekretärin und Hohe Vertreterin für Abrüstungsfragen, Izumi Nakamitsu, geht davon aus, dass Russland und die USA innerhalb von fünf Jahren eine Vereinbarung treffen, die den New-Start-Vertrag ablöst.

Nakamitsu sagte, sie hoffe, dass Russland und die USA vor dem Ablauf von New Start im Jahr 2026 ein neues Abkommen abschließen würden.

„Einer der Schlüsselpunkte ihrer Vereinbarung ist, dass sie zur Einigung um einen New-Start-Ersatz kommen. Wir hoffen daher auf jeden Fall, dass sie das so schnell wie möglich tun“, sagte sie gegenüber SNA.

In Bezug auf den aktuellen Dialog zwischen Moskau und Washington zur strategischen Stabilität lobte Nakamitsu, dass die beiden Staaten „regelmäßig interagieren“. „Beide Seiten behaupten, dass dies ein schwieriger Prozess ist, aber es scheint, dass sie sich wirklich ernsthaft (für eine Einigung – Anm.d.R.) engagieren“, fügte sie hinzu.

Der New-Start-Vertrag

Der Vertrag zur Verringerung strategischer Waffen (New Start, Start III) zwischen Russland und den USA trat am 5. Februar 2011 in Kraft. Er sieht vor, dass die beiden Seiten ihre Nukleararsenale reduzieren. In sieben Jahren und in Zukunft soll die Zahl der Interkontinentalraketen, ballistischen Raketen auf U-Booten und schweren Bombern auf 700,

die Zahl der Sprengköpfe auf 1550 und die Zahl der Trägersysteme auf 800 bei jedem Land reduziert werden.

Das erklärte Ziel wurde erreicht und die Parteien unterstützen die Arsenale auf dem vereinbarten Niveau. Im Frühjahr 2021, kurz nach der Inauguration von Joe Biden, wurde der Vertrag um weitere fünf Jahre unverändert verlängert. Die US-Administration unter Trump hatte die Verlängerung des Abkommens bis zuletzt verzögert, wodurch das gesamte System der strategischen Stabilität vor dem Zusammenbruch gestanden hatte.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/09/19/3718844_0:246:2762:1800_1920x0_80_0_0_a1cb6be33f2ff9c04c476d83755a2211.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 25. September 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

sputnik.by: Makej berichtete dem UN-Generalsekretär über die Verfassungsreform in Weißrussland

Antonio Guterres habe seine persönliche herzliche und respektvolle Haltung gegenüber Weißrussland bestätigt, teilte das Außenministerium mit.

Der belarussische Außenminister Wladimir Makej habe sich in New York mit UN-Generalsekretär Antonio Guterres getroffen, teilte der Pressedienst des belarussischen Außenministeriums mit.

Es wurde betont, dass Guterres seinen persönlichen Respekt für Weißrussland bestätige, „seine Bereitschaft bekundete, die produktive und konstruktive Zusammenarbeit in allen Bereichen fortzusetzen“.

Insbesondere erörterten die Parteien den Beitrag Weißrusslands zur Stärkung der Rolle und Bedeutung der UNO in der Welt sowie einige problematische Aspekte „auf dem Weg der Beziehungen zwischen Weißrussland und den Vereinten Nationen“.

Makej seinerseits gratulierte Guterres zu seiner Ernennung für eine weitere fünfjährige Amtszeit als UN-Generalsekretär. Und er informierte ihn über die Entwicklung der innenpolitischen Lage in Weißrussland sowie über die Prozesse im Zusammenhang mit Verfassungsreformen in der Republik.

Darüber hinaus äußerte sich Makej ausführlich zu den Vorwürfen gegen Weißrussland, unter anderem zur illegalen Migration und zur Lage an der Grenze zur EU sowie zur engen Zusammenarbeit mit dem UN-Flüchtlingsbeauftragten.

Makej in New York

Der belarussische Außenminister Wladimir Makej ist vom 21. bis 28. September in New York, um an der 76. Sitzung der UN-Vollversammlung teilzunehmen. Insbesondere hat er bereits Dutzende von Treffen mit Kollegen aus anderen Ländern abgehalten und auf dem Ernährungsgipfel gesprochen. Makej warnte, dass die Sanktionspolitik gegen den belarussischen Kalisektor unter anderem zu einem Rückgang der Ernteerträge und einem Anstieg der Lebensmittelpreise in der Welt führen könnte. Der Diplomat erinnerte daran, dass Belarus durch den Export von Agrarprodukten in mehr als 100 Länder einen wesentlichen Beitrag zum Gleichgewicht der globalen Ernährungssicherheit geleistet habe.

„Der gedankenlose Sanktionsdruck westlicher Länder auf Weißrussland gefährdet jedoch die globale Ernährungssicherheit. Im Kontext der Coronavirus-Pandemie haben die Ergebnisse der Sanktionspolitik im Bereich Entwicklung und Bekämpfung des Hungers in der Welt keine rosigen Perspektiven.“ sagte er.

Er fügte hinzu, dass das Fehlen belarussischer Kalidüngemittel auf dem Weltmarkt, die etwa 20 % ausmachen, "a priori zu einem erheblichen Rückgang der landwirtschaftlichen Erträge führt".



https://cdn11.img.sputnik.by/img/07e5/02/0c/1046888119_0:0:1393:784_1920x0_80_0_0_837bf9fbabc708cbaa0abaf4d66b7903.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 25. September 3:00 Uhr bis 26. September 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination vier Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Michajlowka, Werchnetorezkoje (jushnoje).**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 30.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden drei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

sputnik.by: **Was Lawrow auf der UN-Vollversammlung sagte**

Die Auferlegung des amerikanischen Entwicklungsmodells, die Beilegung internationaler Konflikte, die Militarisierung des Internets: Zusammenstellung der wichtigsten Thesen aus Lawrows Rede vor der UN.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow nahm an einer allgemeinen politischen Diskussion in der UN-Vollversammlung teil.

Über die US-Idee eines "Gipfels der Demokratien"

Laut Lawrow beabsichtigt Washington natürlich, alles in dieser Frage unabhängig zu bestimmen sowie zu beurteilen, inwieweit ein Land „demokratische Standards“ einhält. Der Außenminister nannte die Initiative selbst "ganz im Geiste des Kalten Krieges", wenn ein neuer ideologischer Kreuzzug gegen jeden Dissens ausgerufen wird.

Der "Gipfel der Demokratien" werde ein Schritt sein, die Weltgemeinschaft in "Freunde" und "Fremde" zu spalten, ist sich Lawrow sicher.

Über die Konfliktlösung

Lawrow wies darauf hin, dass in Afghanistan, Syrien, Libyen und anderen "Hot Spots" ausnahmslos von allen externen Akteuren ein Verständnis der kulturellen und zivilisatorischen Besonderheiten der Gesellschaft gefordert wird.

"Russland beteiligt sich konstruktiv an der Weiterentwicklung der afghanischen Regelung durch die ‚erweiterte Troika‘ (Russland, USA, China, Pakistan – Sputnik), und das ‚Moskau-Format‘, trägt zur Stabilisierung der Lage in Syrien im Rahmen des "Astana-Prozesses" bei. Moskau arbeitet mit allen libyschen Parteien zusammen, um politische Reformen umzusetzen", sagte Lawrow.

Über Strategische Stabilität

"Wenn es guten Willen gibt, ist es durchaus real, für beide Seiten akzeptable Entscheidungen (über die Zukunft der Rüstungskontrolle - Sputnik) zu treffen", sagte der russische Außenminister.

Ihm zufolge hat Russland nach dem Rückzug Washingtons aus dem INF-Vertrag eine einseitige Verpflichtung übernommen, keine bodengestützten Mittel- und Kurzstreckenraketen (sowohl atomare als auch nichtnukleare) in Regionen zu stationieren, in denen vergleichbare in den USA hergestellte Systeme nicht eingesetzt werden.

Gleichzeitig erwartete Moskau eine Reaktion der Nato-Mitglieder auf den Vorschlag, ein ähnliches Moratorium auszurufen.

Zur Militarisierung des Internets

Als eine der neuen globalen Herausforderungen bezeichnete Lawrow die Absicht einzelner Staaten, "das Internet zu militarisieren" und ein Cyber-Wettrüsten auszulösen.

„Russland befürwortet eine Einigung auf der UN-Plattform über Möglichkeiten zur Gewährleistung der internationalen Informationssicherheit."

Aber auch hier dürfe das Kriterium nicht "Sonderregeln" sein, sondern universelle Vereinbarungen, die es ermöglichen, alle Bedenken transparent zu berücksichtigen, so der Chef des russischen Außenministeriums.

„Dies ist das Ziel unserer Initiativen zur Entwicklung einheitlicher Standards für verantwortungsvolles Verhalten von Staaten beim Einsatz von IKT und zur Vorbereitung einer universellen Konvention zur Bekämpfung der Cyberkriminalität“, schloss er.

Außerdem schlug Lawrow vor der UN einen neuen Hashtag "Unsere Regeln, UN-Charta" vor. Seiner Meinung nach erweitere sich das Spektrum grenzüberschreitender Bedrohungen: Zahlreiche regionale Spannungsherde hätten ein stark destabilisierendes Potential.

„Das Recht des Starken wird zunehmend gegen die Gesetzeskraft, gegen die internationale Legalität eingesetzt. Über die Prinzipien der Weltordnung herrscht unter den führenden

Mächten keine Einigkeit", sagte er.

Gleichzeitig betonte der Minister jedoch, dass „wir alle in einem Boot sitzen“ und es im gemeinsamen Interesse sei, auf den ‚Wellen der Weltpolitik‘ zu bestehen.



https://cdn11.img.sputnik.by/img/07e5/09/1a/1056745153_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_caeda994c884d72ec26f27d38788d505.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 26. September um 9:00 Uhr 12.494 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 9378 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 1259 Todesfälle.

de.rt.com: "Afrika unser Platz"? Lawrow kritisiert EU-Diplomatie in Debatte um russische Söldner in Mali

Sergei Lawrow hat jede Beteiligung der russischen Regierung an einer Kooperation zwischen einer privaten Militärfirma aus Russland und der malischen Regierung zurückgewiesen.

Zugleich kritisierte der Außenminister die EU-Außenpolitik hinsichtlich der Terrorbekämpfung in der Sahelzone.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat sich am 26. September auf einem Pressebriefing am Rande der UN-Generalversammlung in New York zu russischen Söldnern in Mali geäußert.

Auf die entsprechende Frage des RT-Korrespondenten Caleb Maupin antwortete der Diplomat, dass die russische Regierung mit einer Kontaktaufnahme der Regierung in Bamako zu einer privaten Militärfirma aus Russland nichts zu tun habe.

Die Führung des westafrikanischen Landes habe in ihrem Kampf gegen den Terrorismus das Militärunternehmen um Hilfe gebeten, da Frankreich vorhabe, sein militärisches Kontingent in Mali erheblich zu kürzen.

"Diese Tätigkeit ist legal und betrifft das Verhältnis zwischen dem Empfänger – in diesem Fall ist das eine legitime Übergangsregierung, die von allen als solche anerkannt wird – und denjenigen, die Dienstleistungen ausländischer Fachkräfte anbieten."

In Frankreich und anderen westlichen Ländern hatten zuletzt Berichte über einen möglichen Einsatz der Söldnerfirma Gruppe Wagner in Mali große Besorgnis ausgelöst. Frankreichs Außenminister Jean-Yves Le Drian kündigte am Freitag bei einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Konsequenzen für Russland an, sollte die Gruppe Wagner in Mali ihre Tätigkeit entfalten.

Zugleich warnte der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell

den malischen Außenminister Abdoulaye Diop vor unverzüglichen Auswirkungen einer Präsenz der Gruppe Wagner im westafrikanischen Land auf das bilaterale Verhältnis mit der EU.

Der malische Premierminister Shoguel Kokalla Maiga erklärte, sein Land fühle sich von Frankreich im Stich gelassen, weshalb die Behörden nach anderer militärischer Unterstützung suchen und sich an ein privates russisches Militärunternehmen gewandt haben. In seiner Rede vor der UN-Generalversammlung sagte er:

"Die neue Situation, die durch das Ende der Operation Barkhan entstanden ist, stellt Mali vor vollendete Tatsachen: Wir sind gewissermaßen auf halber Strecke im Stich gelassen worden. Dies zwingt uns, Mittel und Wege zu erkunden, wie wir unsere Sicherheit allein oder mit anderen Partnern besser gewährleisten können."

Zwar erwähnte Lawrow in seiner Antwort auf die Frage des RT-Journalisten den Namen der Militärfirma nicht. Der russische Chefdiplomat gab aber zugleich die Einzelheiten seines Gesprächs mit Borrell am Rande der 76. UN-Generalversammlung bekannt und kritisierte scharf die EU-Außenpolitik hinsichtlich der Terrorbekämpfung in der Sahelzone.

"Josep Borrell sagte mir: 'Sie sollten lieber gar nicht in Afrika tätig sein, weil Afrika unser Platz ist'. Genau so sagte er mir."

Lawrow teilte mit, es wäre besser, die Handlungen Brüssels und Moskaus bei der Terrorbekämpfung miteinander abzustimmen. Die Position der EU mit dem Motto "Ich bin hier der erste, deswegen müssen Sie weggehen" beleidigte die Regierung in Bamako, die ausländische Partner eingeladen habe. In einem solchen Ton dürfe man mit niemandem reden. In der Sahelzone, die sich südlich der Sahara vom Atlantik bis zum Roten Meer erstreckt, sind etliche bewaffnete Gruppen aktiv. Einige haben den Terrorgruppen "Islamischer Staat" und Al-Kaida die Treue geschworen. Die frühere Kolonialmacht Frankreich führt in Westafrika mit bis zu 5.100 Soldaten einen Kampfeinsatz mit dem Namen "Barkhane" gegen Islamistenmilizen.

Mit einer Neuausrichtung seiner Militärpräsenz will Frankreich die Truppenstärke langfristig auf 2.500 bis 3.000 Kräfte reduzieren. In Mali läuft auch die UN-Mission MINUSMA zur Stabilisierung des Landes. Daran sind unter anderem etwa 900 Männer und Frauen aus Deutschland beteiligt. Rund 300 deutsche Soldaten sind zudem für die seit dem Jahr 2013 laufenden EU-Ausbildungsmission EUTM im Land.

Trotz der internationalen Militärhilfe haben die bewaffneten Gruppen in den vergangenen Jahren ihre Aktionsbereiche in Mali ausgebaut. Die nach einem Putsch installierte Übergangsregierung erwägt deshalb das Engagement der Gruppe Wagner, was auf heftige Kritik der westlichen Partnerstaaten stößt.

Das Militärunternehmen aus Russland ist in den letzten Jahren wegen seiner Einsätze in Syrien und in einigen anderen afrikanischen Ländern immer wieder in die Schlagzeilen geraten. Dort sind jedoch nicht nur russische Söldner tätig. Die USA und Großbritannien stellen mitunter private Militärunternehmen wie Academi, Aegis und G4S unter Vertrag.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.09/article/61501dcd48fbef776c1c89b7.JPG>

Mzdnr.ru: Am 25. September wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektionen durchgeführt.

Am 26. September um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 65.008 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

9330 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 51.030 als gesund entlassen, es gibt 4728 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 359 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 55 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 206 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 3570 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 110 mit Sauerstoffunterstützung (+116 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2255 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

nachmittags:

snanews.de: **Taliban sprechen voraussichtlich nicht bei UN-Generaldebatte**

Die Taliban werden trotz ihrer Anfrage voraussichtlich keinen Auftritt bei der Generaldebatte der UN-Vollversammlung erhalten. Laut UN-Sprecher Stephane Dujarric ist der offiziell für Montag als Sprecher für Afghanistan eingetragene Vertreter der bisherige Botschafter bei den Vereinten Nationen, Ghulam Isaczai.

Nach der Machtübernahme in Afghanistan hatten die militant-islamistischen Taliban bei den UN beantragt, das Land auch offiziell auf der UN-Bühne vertreten zu können – sowohl mit einer Rede bei der laufenden Generaldebatte als auch mit der Nominierung eines eigenen Botschafters, der Isaczai ersetzen soll.

Die Entscheidung dazu liegt nun beim zuständigen UN Beglaubigungsausschuss. Bisher gibt es aber kein anberaumtes Treffen des Gremiums, weshalb der bisherige Botschafter Afghanistans sein Amt zumindest vorläufig behält.

Der Ausschuss besteht aus Vertretern von neun Mitgliedsländern – USA, Russland, China, Schweden, Namibia, Bahamas, Bhutan, Sierra Leone und Chile – und entscheidet darüber, welche Vertreter und damit auch welche Führungen von Staaten bei den Vereinten Nationen anerkannt werden. In der Praxis wird der Ausschuss dabei von Washington, Moskau und Peking dominiert.

Die Taliban haben Mitte August die Macht in Afghanistan übernommen. Der bisherige Präsident Ashraf Ghani hatte das Land zuvor fluchtartig verlassen. Deutschland, die USA und andere westliche Länder führen zwar Gespräche mit ihnen, erkennen sie aber nicht als legitime Regierung an.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/19/3718844_0:246:2762:1800_1920x0_80_0_0_a1cb6be33f2ff9c04c476d83755a2211.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 26.09.2021**
In den letzten 24 Stunden wurden **vier Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

Kämpfer der 25. Brigade haben auf Befehl des Kriegsverbrechers Sentschenko **Michajlowka** und **Werchnetorezkoje (jushnoje)** mit Mörsern und Granatwerfern beschossen und 28 Mörsergeschosse abgefeuert, darunter 16 des Kalibers 120mm.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Es wurde entdeckt, dass in **Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen** ein Antipanzerlenkraketenkomplex „Schturm-S“ in der Nähe von Wohnhäusern in Marjinka stationiert ist.

Außerdem wurde die Stationierung von acht 152mm-Haubitzen „Gianzint-B“, 18 152mm-Haubitzen „Akazija“ und einem Abwehrraketenkomplex „Strela-10“ an den Eisenbahnstationen in Satschatowka und Chlebodarowka bemerkt.

Im Verantwortungsbereich der 128. Brigade in den Gebieten von Wodjanoje und Lebedinskoje wurden vier Schützenpanzerwagen und ein technisches Aufklärungsfahrzeug IRM-2 bemerkt.

In Verletzung der Maßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueereinstellung führen Kämpfer der BFU weiter **technische Arbeiten zur Ausrüstung neuer Positionen** im Verantwortungsbereich der 93. mechanisierten Brigade durch. So haben ukrainische Kämpfer in den Gebieten von Nikolajewka, Slawnoje und Bogdanowka in den letzten Monaten 680 Meter neuer Schützengräben ausgerüstet.

Am Rand von Slawnoje wurde eine ausgerüstete Mörserposition zum Beschuss von Dokutschajewsk bemerkt.

Die ukrainischen Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission.

Um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 128. Brigade zu verhindern, hat der Gegner eine Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission im Gebiet von Orlowskoje zu blockieren.

Alle Verstöße der ukrainischen Seite werden vom Bericht der OSZE-Mission Nr. 225 vom 25.09.2021 bestätigt.

In diesem Bericht haben die internationalen Beobachter ein weiteres Kriegsverbrechen der

ukrainischen Streitkräfte im Donbass bestätigt, die Verletzung eines Einwohners der Siedlung des Oktjabrskaja-Bergwerks in Donezk durch Beschuss von den Positionen der 58. Panzergrenadierbrigade.

Auf den Positionen des 1. Bataillons der 93. Brigade im Gebiet von Nowotroizkoje ist die Arbeit des Brigadekommandeurs Brishinskij festzustellen. Nach uns vorliegenden Informationen steht der Besuch des Brigadekommandeurs mit den zunehmenden Beschwerden des Personals der Brigade, unter anderem an die Hotline des Verteidigungsministeriums der Ukraine, über nicht rechtzeitige Zahlungen für sogenannte „Kampfeinsätze“ sowie über die nicht zufriedenstellende rückwärtige Versorgung, insbesondere schlechtes Essen, in Zusammenhang. Außerdem haben die Fälle von Sabotage von Anweisungen des Brigadekommandeurs zum Übergang auf ein verstärktes Regime des Dienstes auf den Positionen während der Übungen „Vereinte Anstrengungen – 2021“ zugenommen.

Gestern haben Mitarbeiter der Hauptabteilung des SBU in den Oblasten Donezk und Lugansk im Verantwortungsbereich der 128. Gebirgssturmbrigade Freiwillige festgenommen, die in Verletzung des Verbots, Freiwillige ohne spezielle Erlaubnis des Stabs der Operation, in die OOS-Zone zu lassen, im 2. Bataillon der 128. Brigade eingetroffen sind, angeblich zur Übergang von Material – Öfen, Säcke und Heizgeräte – an die Einheit. Tatsächlich hängt die Festnahme der Freiwilligen mit beim SBU vorliegenden Informationen zusammen, dass die Freiwilligen regelmäßig eine große Partie Drogen in die OOS-Zone liefern, um diese unter den Soldaten zu verkaufen, was bei der Festnahme auch bestätigt wurde.

snanews.de: **Bennett an Iran und militante Palästinenser: Unterlasst die „Obsession“ gegen Israel**

Israels Premier Naftali Bennet hat vor seinem Abflug in die USA den Iran und die Palästinenserführung aufgerufen, auf die „Obsession“ gegen Israel zu verzichten und stattdessen die Lage ihrer eigenen Bevölkerung zu verbessern.

„Ich begeben mich zur Generalversammlung der Vereinten Nationen. Das ist eine wichtige internationale Bühne, und ich freue mich sehr über die Möglichkeit, die Stimme Israels, der Israelis auf diese Bühne zu bringen. Dadurch bietet sich die Möglichkeit, über unsere Geschichte, die territoriale Lage Israels, den besonderen Geist der Israelis und den von uns geleisteten Beitrag in der Region zu berichten“, zitiert Bennetts Kanzlei seine Worte.

„In letzter Zeit hat es mehrere wichtige Ereignisse gegeben, das Wichtigste davon ist ein bedingungsloser Sieg bei der Abstimmung im Repräsentantenhaus der USA“, sagte Bennett. Er fügte hinzu, dass „Vertreter des amerikanischen Volkes Israel im Augenblick der Wahrheit unterstützen“.

„Wir passen uns nicht an andere an – weder an den Iran noch an die Palästinenser noch an jeden anderen. Ich schlage ihren Führungsspitzen vor, sich mit der eigenen Bevölkerung zu beschäftigen, deren Lage zu verbessern und diese Obsession gegen den Staat Israel einzustellen“, so Bennett.

Israel hatte sich im Mai einen elftägigen militärischen Waffengang mit militanten Palästinensern im Gazastreifen geliefert. Ägypten vermittelte schließlich eine Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas, die am 21. Mai in Kraft trat. Der Iran erkennt Israel nicht an und betrachtet dessen Regierung als Wurzel aller Probleme in der Region. Immer wieder beschuldigen die beiden Seiten einander, Angriffe aufeinander durchzuführen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/1a/3723009_0:161:3071:1888_1920x0_80_0_0_3c1e4a86977e8462609d174d32c8f3ca.jpg

Mil-Inr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR am 26. September 2021

Die ukrainischen bewaffneten Formationen destabilisieren weiter die Lage an der Kontaktlinie.

Heute um 13:45 Uhr haben ukrainische Kämpfer auf Befehl des Kriegsverbrechers Postupalskij von den Positionen des 3. Bataillons der 24. Brigade vom Gebiet **von Kalinowo aus**, wo wir zuvor die Durchführung von Aufklärung mit einer Drohne, die gestern vernichtet wurde, festgestellt hatten und außerdem die Ankunft einer Aufklärungsgruppe der 24. Brigade bemerkten, das **Scharfschützenfeuer auf unsere Positionen eröffnet**.

Infolge des Scharfschützenfeuers wurde **ein Soldat der Volksmiliz der LVR tödlich verletzt**. Wir drücken den Verwandten und Freunden des Toten uns Mitgefühl aus.

Dieser Sachverhalt wurde operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und Beschuldigungen der Volksmiliz in Bezug auf Provokationen zu verhindern.

Wir rufen die internationalen Organisationen ein weiteres Mal auf, sich in das Geschehen einzumischen und dieses Blutvergießen zu beenden, indem sie Druck auf die ukrainischen bewaffneten Formationen ausüben.

de.rt.com: Aus Angst vor Rot-Rot-Grün: Deutsche Millionäre flüchten mit ihrem Vermögen in die Schweiz

Aus Angst vor drastischen Steuererhöhungen unter einer möglichen Mitte-Links-Koalition haben viele Deutsche ihr Geld in die Schweiz geschafft. Die Schweiz ist nach wie vor das Land mit den größten Auslandsvermögen. Doch so einfach ist die Umgehung von Steuern heute nicht mehr.

Die Angst vor einer Regierungskoalition nach den Bundestagswahlen am Sonntag bringt deutsche Millionäre dazu, ihr Vermögen in die Schweiz zu verlegen. "Für die Superreichen ist das ein heißes Eisen", sagt ein in Deutschland ansässiger Steueranwalt mit umfangreichen Aktivitäten in der Schweiz gegenüber Reuters.

"Unternehmerfamilien sind höchst alarmiert."

Unter einer möglichen Regierungskoalition aus SPD, Grünen und Linken könnte es zu einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer und einer Erhöhung der Erbschaftssteuer kommen. Seit dem Jahr 1997 wird die Vermögenssteuer nicht mehr erhoben. Das Gesetz wurde bisher aber nicht abgeschafft.

Die Schweiz ist das Land mit den größten Auslandsvermögen. Im Jahr 2020 nahmen die Geldflüsse noch zu. Davon profitieren Großbanken wie UBS, Credit Suisse und Julius Bär.

Laut Daten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich stiegen Einlagen deutscher Haushalte und Unternehmen bei Banken in der Schweiz im ersten Quartal 2021 um fast 5 Milliarden Dollar auf 37,5 Milliarden Dollar.

Neuere Zahlen lägen zwar noch nicht vor. Ein Kundenberater einer großen Schweizer Bank, der hauptsächlich mit Deutschen zu tun hat, sagte aber gegenüber Reuters, dass er in den letzten drei Monaten überdurchschnittlich viele Neugeldzuflüsse verbucht habe.

Und Florian Dürselen, Europa-Chef des Vermögensverwalters LGT Schweiz, sagte: "Viele Vermögende, vor allem Unternehmer, befürchten, dass es in Deutschland einen Linksruck geben wird – egal wie die Wahlen ausgehen."

Kein Schutz vor Steuerhinterziehung

Einfach ein Schweizer Bankkonto zu eröffnen, hilft aber nicht mehr. Aufgrund internationalen Drucks werden mittlerweile Kontodaten der Kunden an die entsprechenden Steuerbehörden weitergegeben. Ein Sprecher des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen sagte hierzu:

"Der Finanzplatz Schweiz zeichnet sich durch Stabilität, Rechtssicherheit und eine hohe Finanzkompetenz aus. Sie bietet jedoch keinen Schutz vor Steuerhinterziehung."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/614f142248fbef776209c987.jpg>

snanews.de: Russland dementiert Bericht über „Entsendung eines Desinformationsspezialisten“ nach Berlin

Die russische Botschaft in Berlin hat den heutigen Bericht der „Welt am Sonntag“ über einen angeblich nach Deutschland entsandten „Desinformationsspezialisten“ dementiert.

Unter Verweis auf eigene Recherchen berichtete die Zeitung am Sonntag, dass Russland bei den diesjährigen Bundestagswahlen angeblich einen Geheimdienstmitarbeiter in seiner Botschaft in Berlin einsetze. Dieser sei etwa „der Spezialist für die Durchsetzung russischer Auslandsinteressen und Desinformation“. Der Artikel enthält auch ein Dementi der russischen diplomatischen Vertretung zu diesen Gerüchten.

Auf Anfrage der Zeitung teilte die russische Botschaft in Berlin mit, der Mitarbeiter sei in Übereinstimmung mit allen Vorschriften akkreditiert worden. Auf Nachfragen, insbesondere zum Umfang seiner Tätigkeit, reagierte die Botschaft mit den Worten, dass es sich um „Pseudo-Informationen“ und ein „wildes Gemisch aus Spekulationen und Fantasien“ handle.

Anfang September hatte die Sprecherin des Auswärtigen Amtes, Andrea Sasse, bei einem Briefing in Berlin bekanntgegeben, dass einige „zuverlässige Informationen“ darauf hindeuteten, dass Russland mehreren deutschen Politikern Phishing-E-Mails habe zukommen lassen. Laut Sasse könnten solche Angriffe „zur Vorbereitung von Beeinflussungsoperationen, wie Desinformationskampagnen für die Bundestagswahl“ am 26. September dienen.

Die Sprecherin des Auswärtigen Amtes wollte keine weiteren Details zu den Cyberangriffen nennen, betonte aber, die russische Seite sei über die Situation informiert worden, unter anderem bei einem Treffen der hochrangigen bilateralen Arbeitsgruppe für Sicherheitspolitik Anfang September in Berlin.

Wie die deutsche Generalstaatsanwaltschaft am 10. September gegenüber SNA bestätigte, habe sie eine Untersuchung der Cyberangriffe eingeleitet. Dahinter steckte nach Angaben des US-Cybersicherheitsunternehmens „FireEye“ die „Ghostwriter“-Gruppe, die mit Russland in Verbindung stehe. Unter Berufung auf eine Erklärung des deutschen Außenministeriums lehnte es die Generalstaatsanwaltschaft ab, weitere Fragen zur Verbindung des Falles mit Russland zu beantworten.

Am Freitag hatte die Europäische Union Russland gezielte Cyberangriffe gegen zahlreiche Abgeordnete, Regierungsbeamte, Politiker sowie Vertreter der Presse und der Zivilgesellschaft vorgeworfen. Die Aktivitäten seien nicht hinnehmbar, denn sie zielten laut Brüssel darauf ab, auch durch Desinformation und Informationsmanipulation demokratische Werte und Prinzipien zu untergraben. Konkret erwähnt wurde wieder die „Ghostwriter“. Der Westen wirft Russland wiederholt vor, sich in innere Angelegenheiten einzumischen und Cyberangriffe durchzuführen. Russland weist alle Anschuldigungen zurück und betont, diese würden mit keinen Beweisen belegt. Moskau erklärte mehrfach seine Bereitschaft zu einem Dialog über Cybersicherheit.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/02/08/837102_0:321:3072:2048_1920x0_80_0_0_f9248f774097ada660ad805b906cc7bc.jpg

abends:

snanews.de: **Sensation bei Gemeinderatswahl in Graz: Kommunisten überholen ÖVP**

Bei der Gemeinderatswahl in Graz (Bundesland Steiermark) am Sonntag zeichnet sich laut einem Bericht des Österreichischen Rundfunks (ORF) ein unerwartetes Ergebnis ab.

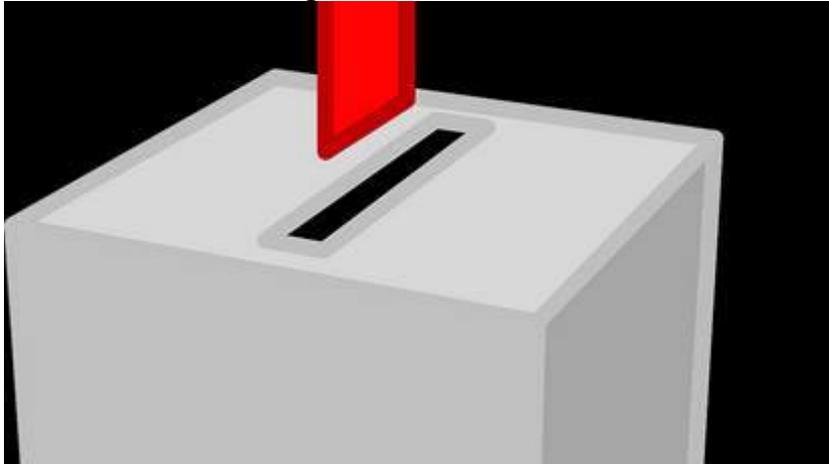
In der ersten ORF-Hochrechnung kurz nach der Schließung der Wahllokale kommt die KPÖ auf 28,8 Prozent und übernimmt damit den ersten Platz. Die ÖVP von Bürgermeister Siegfried Nagl ist demnach mit 26,1 Prozent zweitstärkste Kraft.

Deutliche Gewinne gebe es für die Grünen mit 16,9 Prozent; im Gegenteil verliere nun die FPÖ – nur 10,9 Prozent schaffte die Partei, die immer noch von der Ibiza-Affäre überschattet bleibt. Die SPÖ erreiche 10,1 Prozent, NEOS 5,1 Prozent. Die Schwankungsbreite betrage 1,9 Prozent.

Wahlschluss war um 16.00 Uhr. In Graz sind 223.512 Menschen wahlberechtigt.

Bei der letzten Wahl am 5. Februar 2017 hätte sich die ÖVP unter Langzeitbürgermeister Siegfried Nagl mit 37,8 Prozent und einem Plus von 4,05 Prozentpunkten auf dem ersten

Rang platziert, berichtete der ORF. Die zweitstärkste Partei sei damals die KPÖ unter Stadträtin Elke Kahr mit 20,3 Prozent gewesen, die FPÖ als drittstärkste Partei habe 15,9 Prozent erzielt. Die SPÖ habe 5,26 Prozentpunkte auf 10,1 Prozent verloren und sei aus dem Stadtsenat geflogen, hieß es weiter. Die Grünen hätten 10,5 Prozent erzielt, NEOS habe aus dem Stand 3,9 Prozent geschafft.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/1a/3725362_0:123:1143:766_1920x0_80_0_0_0148f8bcfd8c55b88d77037c8102f3ea.png

snnews.de: **Russlands Außenamtssprecherin: Kolonialismus in Europa ist nicht vorbei**

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat der Europäischen Union eine koloniale Wahrnehmung der Welt vorgeworfen. Dies teilte Sacharowa in einem Interview für den TV-Sender Rossija 1 mit.

„Was Herrn Borrell und sein Verständnis des Verantwortungsbereichs der EU angeht, irren Sie sich, wenn Sie sagen, dass sie vergessen haben, dass der Kolonialismus vorbei ist“, sagte Sacharowa im Gespräch mit dem Moderator. „Sie haben es nicht vergessen, sie haben leider in diesem Paradigma gelebt, für keine einzige Minute haben sie das vergessen. Ihre externen Äußerungen betrafen etwas anderes, und die Beziehungen zu den anderen Ländern waren genau auf dieser Vision der Welt aufgebaut.“

Sacharowa zufolge nimmt sich der Westen das Recht, mit dem Schicksal der Welt umzugehen, wenn die Welt nicht danach fragt.

Laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow überzeugte ihn der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, davon, in Afrika im Sicherheitsbereich „nicht zu arbeiten“, da dieser Platz bereits besetzt sei, zitieren ihn russische Medien.

Sacharowa erinnerte daran, dass der russische Außenminister im Laufe einer politischen Diskussion der UN-Generalversammlung am Samstag vorgeschlagen habe, ein neues Hashtag #UnsereRegeln UN Satzung zu verwenden, um diese zu unterstützen.



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/01/46252_0:122:3209:1927_1920x0_80_0_0_cfc6eddb0f0bdccdadfc64f5ea939b7.jpg